

fraktion intern



Zukunft Europa

*Ein starkes Europa
des Zusammenhalts*

SEITE 10

*Interview mit
Vizekanzler Olaf Scholz*

SEITE 16

*Ein neuer Sozialstaat
für eine neue Zeit*

SEITE 18

HERBERT WEHNER — 1971

» Europa wird Inhalt und Form durch unsere Beharrlichkeit finden, mit der wir den sozialen Ausbau der Länder, die zur Europäischen Gemeinschaft gehören und noch zu ihr stoßen werden, forcieren. Diese unsere Beharrlichkeit wird die entscheidende Kraft sein. «

Mehr Zusammenhalt

ANDREA NAHLES

VORSITZENDE DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die Politik dieser Regierung ist erkennbar sozialdemokratisch. In der letzten Ausgabe dieses Magazins haben wir die Bilanz des ersten Jahres beschrieben. Das war ein guter Anfang.

Zu Beginn dieses Jahres geht es darum, in der öffentlichen Debatte unsere Herzensanliegen noch besser in den Vordergrund zu stellen. Das ist uns bisher gut gelungen.

Mit seinem Vorschlag für eine Grundrente hat Arbeitsminister Hubertus Heil deutlich gemacht, dass wir an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen, die ein Leben lang gearbeitet haben. Sie verdienen eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter. Dabei geht es nicht um Bedürftigkeit, es geht um Respekt. Die Grundrente ist kein Geschenk, sie ist verdient.

Unsere Justizministerin Katarina Barley hat einen wichtigen Vorschlag für Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt gemacht. Ihr Vorschlag zur Einführung des Bestellerprinzips beim Wohnungskauf wird dafür sorgen, dass Maklergebühren von denen bezahlt werden, die den Makler beauftragen.

Erkennbar sozialdemokratisch ist auch der Vorschlag

von Svenja Schulze für ein Klimaschutzgesetz. Denn er macht deutlich, dass wir die Klimaschutzziele erreichen und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland sichern wollen. Klimaschutzpolitik auf Kosten von Arbeitsplätzen und einzelnen Regionen wird nicht erfolgreich sein. Wir stehen für eine Politik des Zusammenhalts, die die unterschiedlichen Interessen an einen Tisch bringt und einen gemeinsamen Plan zur Einhaltung der Klimaziele verabredet.

Schwerpunkt dieses Heftes ist aber ein Thema, das uns alle in diesen Tagen bewegt: die Zukunft Europas. Ein Blick nach Großbritannien reicht aus, um zu erkennen, dass die Abkehr von Europa ein Irrweg ist. Die Rechnung zahlen die normalen Bürgerinnen und Bürger. Umso wichtiger ist es, dass wir dem antieuropäischen Geist entgegentreten. Angesichts der großen Herausforderungen durch den Klimawandel, die Digitalisierung und drohende internationale Handelskonflikte brauchen wir mehr Zusammenhalt und nicht weniger. Europa ist die Antwort.

Ihre Andrea Nahles ■

Inhaltsverzeichnis

6 – TITEL



Was Europa ausmacht

Eine kleine Geschichte über Europas Stärken und Schwächen – und warum es sich lohnt, für dieses Erfolgsprojekt zu kämpfen.

10 – TITEL



Ein starkes Europa des Zusammenhalts

Weltoffenheit oder Abschottung? Die nächsten Jahre werden für Europa entscheidend sein.

VON ACHIM POST, MDB

12 – AUSSENPOLITIK

Keine neuen Atomwaffen in Europa!

Die multilaterale Weltordnung zeigt Risse. Die Antwort muss lauten: mehr Zusammenarbeit.

VON ROLF MÜTZENICH, MDB

14 — DEMOKRATIE

***Gemeinsam!***

Die Europäische Union ist Hüterin von Frieden und Demokratie. Neuerdings versuchen einige Länder, rechtsstaatliche Prinzipien in Frage zu stellen. Aber die EU ist wehrhaft.

VON KATARINA BARLEY, MDB

16 — INTERVIEW

***» Europa muss politischer werden «***

Vizekanzler Olaf Scholz über das Konzept eines sozialen Europas und die Reform des Sozialstaates.

18 — SOZIALES

***Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit***

Die SPD-Fraktion macht die Zukunft der Arbeitswelt und des Sozialstaates zu einem politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Im Mittelpunkt steht das Leitbild eines Sozialstaates als Partner der Bürgerinnen und Bürger.

20 — SOZIALES

So soll die Grundrente funktionieren

Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll im Alter mehr haben als Grundsicherung.

22 — FAMILIEN

Koalition stärkt Familien

Das Starke-Familien-Gesetz hilft Familien und Alleinerziehenden, die wenig Geld haben.

23 — DIALOG

Briefe an die Fraktion

Abgeordnete antworten Bürgerinnen und Bürgern.

Zukunft Europa





TITEL

Was Europa ausmacht

Europa gilt noch immer als der gelobte Kontinent. Dennoch sind seine Werte in Gefahr, die Gemeinschaft wird von außen und innen attackiert. Eine kleine Geschichte über Europas Stärken und Schwächen – und warum es sich lohnt, für dieses Erfolgsprojekt zu kämpfen.

Küssen in der Öffentlichkeit, Schinken-Sandwiches, offener Streit, scharfe Klamotten, Kino, Musik, Gedankenfreiheit, Schönheit, Liebe.“ Mit diesen Worten brachte der legendäre Schriftsteller Salman Rushdie die Vorzüge des freien Westens auf den Punkt.

Bei seiner berühmten Rede zur Frankfurter Buchmesse vor einigen Jahren hielt er ein Plädoyer für die Redefreiheit: „Ohne diese Freiheit scheitern alle anderen Freiheiten. Ohne die Meinungsfreiheit gibt es keine anderen Freiheiten.“

Damit machte Rushdie deutlich, was eines der höchsten Güter Europas ist: Jeder kann nach seiner Fassung leben, in Freiheit und Frieden. Die persönliche Freiheit ist es, die diesen Kontinent groß macht, die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung.

Was sich immer ein bisschen wohlfeil und nach Plattitüden anhört, ist tatsächlich nicht zu unterschätzen: Frieden ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch die Reisefreiheit und die offenen Grenzen sind fast nirgendwo auf der Welt so garantiert wie in der Europäischen Union. Zwei unschlagbare, ja existenzielle Vorteile sind damit schon genannt. Doch Europa ist mehr als das und bequemer Zahlungsverkehr. Viel mehr.

ERBIN DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION

Die europäische Idee ist eine Erbin der französischen Revolution und die Antwort

auf die großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Gegründet einst von mutigen Frauen und Männern als Antwort auf Jahrhunderte voller Kriege und Erbfeindschaften, sollte Europa ein Friedens- und Wohlstandsprojekt sein. Und für den überwältigenden Teil der Menschen, die in Europa leben, ist es das auch.

Es beginnt bei demokratischen Wahlen, setzt sich fort in der Gesundheitsversorgung, ähnlichen Vorschriften beim Umweltschutz, ökonomischen Freiheiten und endet bei der Frage gleicher Sicherheitsstandards, zum Beispiel bei Cyberabwehr und Terrorismus.

Viele Studierende verbringen ein Semester im EU-Ausland. Für sie ist das selbstverständlich, ähnlich dem Reisen mit einer Interrail-Fahrkarte. Es ist ein riesiger Vorteil, dass ausländische Studienabschlüsse problemlos anerkannt und Lehrstandards angepasst werden, Stichwort Bologna.

Die Bankenkrise hat neue Regeln hervorgebracht, die dafür sorgen, dass bei ähnlichen Krisen nicht die Steuerzahler das Versagen der Geldhäuser ausgleichen müssen. Die gemeinsame Währung ist krisenfester gemacht worden. Das Exportgeschäft brummt. Auch bei einer gemeinsamen Außenpolitik sind die Mitgliedstaaten auf gutem Weg.

Gemessen von dort, woher Europa kam, nämlich zunächst nur als Montanunion im Kohle- und Stahlgewerbe,

◀ BELIEBT BEI ERASMUS-STUDIERENDEN:

Die Universität Bologna in Italien



dann als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und heute als eine der ökonomisch und kulturell stärksten Regionen der Welt, ist der Staatenbund eine einzige Erfolgsgeschichte.

Umso schlimmer ist es, dass viele Jahre lang Europa als ein Elitenprojekt wahrgenommen wurde, das, statt zu helfen, in persönliche Bereiche eingreift wie ein Krake aus Brüssel. Die lässige Verachtung auch innerhalb der Politik über Europa („Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“) führte dazu, dass das Image nur noch wenig mit den wahren Stärken und Erfolgen der Europäischen Union zu tun hatte.

Nationalisten befeuern das Vorurteil des Souveränitätsverlustes durch Brüssel, Rechtspopulisten kombinieren das noch mit der Angst vor Überfremdung durch Immigration. Für Faschisten ist kulturelle Undurchlässigkeit ein Wert an sich. Moderne Staaten brauchen aber Bürger, keine Fundamentalisten.

Beinahe verzweifelt versuchen Politiker europaweit, das Thema emotional aufzubereiten, eine Erzählung über Europa zu finden, ein Narrativ, wie es heutzutage heißt. Klappt nur nicht so richtig.

EUROPÄISCHE WERTE SIND BEDROHT

Inzwischen sind die Werte Europas sogar ernsthaft bedroht: Einige Staaten der Europäischen Union handeln immer unverhohlener im Widerspruch zu den freiheitlichen und demokratischen Grundprinzipien, die in den europäischen Verträgen verankert sind.

Rechtspopulisten stellen sich frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken, wollen Europa schwächen

und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen. Das versuchen auch Feinde des europäischen Zusammenhalts außerhalb Europas für sich zu nutzen.

Warum ist das so? Die Gründe sind mannigfaltig. Aber einer könnte sein, dass ähnliche Fehler wie früher gemacht werden, als man noch dachte, Vernunft und Fortschritt kommen von allein. Das Problem ist, dass sich Verschwörungstheoretiker und Fanatiker allen sachlichen Argumenten verweigern. Sie können auf fast pathologische Weise nur geradeaus blicken, nicht rechts und nicht links. Solche Auseinandersetzungen verliert man grundsätzlich.

Zur Erkenntnis gehört deshalb, einzugestehen, dass es tatsächlich Dinge gibt, die in Europa noch besser werden müssen. Es gibt Zweifel am Wohlstandsversprechen, die Interessen multinationaler Konzerne dominieren zu oft, die sozialen Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen weiter gestärkt werden, die Jugendarbeitslosigkeit ist noch zu hoch, die soziale Gerechtigkeit zu niedrig.

Und als in den vergangenen Jahren viele Schutzsuchende nach Europa kamen, ist es nicht gelungen, die eigenen Werte der Freiheit, Solidarität und der Humanität in eine überzeugende gemeinsame Politik zu übersetzen.

Hinzu kommt, dass eben immer öfter Menschen sich nicht mitgenommen fühlen. Was bringt mir persönlich das denn alles?

EUROPA IST EIN SEHNSUCHTSORT

Vielleicht ist das der Punkt, an dem man doch rational argumentieren sollte. Europa war zu Beginn auch ein emotionales Projekt, für Konrad Adenauer und Winston

Churchill ebenso wie für Willy Brandt und Charles de Gaulle; es war insbesondere für die Nachkriegsgeneration emotional wichtig, um die Kriegsgräuel zu überwinden.

Es gibt aber neben emotionalen auch gute sachliche Gründe zu erklären, was das Einzigartige an Europa ist, weshalb es sich lohnt, dafür einzutreten. Kein europäisches Land allein kann in diesem Zeitalter noch erfolgreich sein, ein einzelnes Land ist nicht auf Augenhöhe mit den USA, China oder Russland. Es ist den übrigen Kräften hilflos ausgeliefert.

Es ist auch nicht selbstverständlich, dass man aufs Internet zugreifen und sich dort geordnete Päckchen nach Hause schicken lassen kann. Und schon gar nicht ist es normal, dass man seine Regierung öffentlich beschimpfen und medial durch den Kakao ziehen kann. Für diese Freiheiten, diese Möglichkeiten, werden die Europäer von Milliarden Menschen weltweit beneidet. Europa ist ein Sehnsuchtsort. Man vergisst das so leicht beim Online-shopping.

Eine Schicksalsgemeinschaft Europa, die Solidarität nach außen zeigt, wenn ein Land bedroht wird, und Solidarität nach innen lebt, weil es die Kraft der Gemeinschaft braucht – so eine Gemeinschaft, die kann es mit den globalen Mächten aufnehmen, die kann ihre Standards setzen und auch durchsetzen, zum Beispiel beim Kampf gegen den Klimawandel oder für Wachstum und Arbeitsplätze. Die neue Weltordnung mitzugestalten, muss deshalb Ziel und Verpflichtung sein. Europa ist die Antwort, nicht das Problem.

Womöglich ist mit Blick auf Europa sogar das Konzept der Familie angebracht. Familie ist nicht nur ein Begriff der Blutsverwandtschaft, sondern auch ein geistiger Begriff, ein Begriff der Lebensgemeinschaft.

EINE EUROPÄISCHE DIGITALSTEUER?

Nur, wenn die Länder zusammenhalten, gelingt das soziale Europa, von dem jeder einzelne Arbeiter, jede Angestellte, jeder Selbständige, jede Rentnerin profitiert. Dafür ist es notwendig, zu investieren: in gute Arbeit zum Beispiel, in Infrastruktur, damit Ungleichheiten geringer werden. In soziale Sicherheit.

Und ja: Dazu gehört natürlich, dass die großen Konzerne Steuern zahlen und sich nicht drücken. Das betrifft unter anderem auch Amazon, Facebook, Apple und Co. Arbeitsplätze werden vernichtet, wenn Arbeit stärker besteuert wird als Kapital. Es entsteht unfairer Wettbewerb und zurecht ein tiefes Gefühl von Ungerechtigkeit, wenn die Bäckermeisterin Steuern zahlen muss, aber Google nicht.

Deshalb müssen alle künftigen EU-Handelsabkommen

Maßnahmen gegen Steuerumgehung und Steuerwettbewerb nach unten enthalten. Außerdem muss es eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen geben.

Und wenn solch eine internationale Einigung nicht zu erreichen ist, muss eben Europa vorangehen und eine europäische Lösung schaffen. Zur Not muss dafür auch das Einstimmigkeitsprinzip der EU abgeschafft werden. Die Europäische Union muss eine politische Union werden.



VORURTEILE ABBAUEN

In Europa sollen Talente und Ideen den Wettbewerb entscheiden, nicht Lohndumping und Steuerrabatte. Darum ist Zusammenhalt in Europa so wichtig.

Auch Klima und Umwelt kennen keine Grenzen. Sie lassen sich nur gemeinsam schützen.

In der nächsten Krise sollen die Milliardenkredite nicht an die Banken und Staaten, sondern in die Arbeitslosenversicherungen der Länder gehen – für stabile Einkommen, Kurzarbeitsprogramme und soziale Sicherheit.

Aber wer eine gute Gemeinschaft will, muss auch manchmal etwas opfern, und sei es auch nur, liebgewonnene Vorurteile und Bequemlichkeiten zu hinterfragen. Und den Nationalisten sei gesagt: Auch Europa hat eine Identität, auch Europa markiert Grenzen nach außen. Das schließt eine nationale Identität keineswegs aus. Und deshalb frei nach Heinrich Heine: Patriot kann man nur dort sein, wo Freiheit herrscht.

Definiert wird die europäische Erfolgsgeschichte durch Frieden, Freiheit, Wohlstand, Freizügigkeit und Zusammenhalt. Warum sonst gilt Europa als der gelobte Kontinent? Wenn es sich dafür nicht zu kämpfen lohnt, wofür dann? ■

TITEL

Ein starkes Europa des Zusammenhalts

Europa steht vor wichtigen Weichenstellungen. Die nächsten Jahre werden Jahre der Entscheidung für Europa sein. Es geht um Weltoffenheit oder Abschottung. Um Investitionen oder Austerität. Um mehr soziale Gerechtigkeit oder mehr Markt. Um europäischen Aufbruch oder Dauerblockade. Um einen neuen europäischen Geist oder die Rückkehr der alten Dämonen des Nationalismus.

VON ACHIM POST, MDB

Als deutsche und europäische Sozialdemokraten geben wir auf die Herausforderungen, vor denen Europa steht, eine klare Antwort: Wir wollen ein starkes Europa des Zusammenhalts und der Solidarität. Ein Europa, das seine Werte der Freiheit und Demokratie im Innern und nach außen glaubwürdig vertritt. Ein Europa, das im globalen 21. Jahrhundert auf die gemeinsame Kraft vertraut, die aus der Einheit Europas erwächst.

Wir wissen: Natürlich wird es alles andere als einfach, einen neuen europäischen Aufbruch zu schaffen. Schon jetzt sitzen Rechte und Nationalisten mit an den Brüsseler Verhandlungstischen. Dass es nicht leicht wird, darf aber nicht dazu führen, dass es sich die Demokraten in Europa zu leicht machen und gewissermaßen in vorseilender Resignation die drängenden Aufgaben erst gar nicht anpacken. Dann hätten Politiker wie Salvini, Strache, Orban und Co. von vorneherein gewonnen.

FÜR EIN GERECHTES EUROPA

Das Gegenteil ist notwendig: Ein gemeinsamer europäischer Kraftakt der Fortschrittswilligen, um so viele Fortschritte

wie möglich für ein starkes und gerechtes Europa zu erreichen. Auch als Antwort auf den Brexit ist ein noch engerer Zusammenschluss der EU unerlässlich. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür mit aller Kraft weiter stark machen:

Erstens muss die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion zügig vorankommen. Deutschland und Frankreich müssen dabei an einem Strang ziehen. Vor allem braucht die Eurozone ein handlungsfähiges Investitionsbudget, das Europas Wachstumskräfte stärkt und in Krisen stabilisierend wirken kann. Mehr Zukunftsinvestitionen statt zukunftsblinder Sparpolitik – darum geht es. Und wir wollen die so genannte Bankenunion vollenden, um bei künftigen Finanzkrisen Steuerzahler und Sparer besser zu schützen.

Zweitens muss es gelingen, Fortschritte für ein soziales Europa auf den Weg zu bringen, etwa durch einen Rechtsrahmen für Mindestlöhne in möglichst allen EU-Staaten oder mehr Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Zudem gilt es, endlich eine gerechte Besteuerung der Internetgiganten durchzusetzen – in Europa und weltweit. Große Digitalkon-

ACHIM POST



Stellv. Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion
für Europa, Haushalt und
Finanzen

zerne wie Google, Apple, Facebook oder Amazon dürfen sich nicht länger der Besteuerung weitgehend entziehen können. Diese Gerechtigkeitslücke gehört geschlossen. Auch lassen wir in unserem Einsatz für eine europäische Finanztransaktionssteuer nicht locker. Wir wollen, dass die Finanzmärkte insgesamt gerechter besteuert werden.

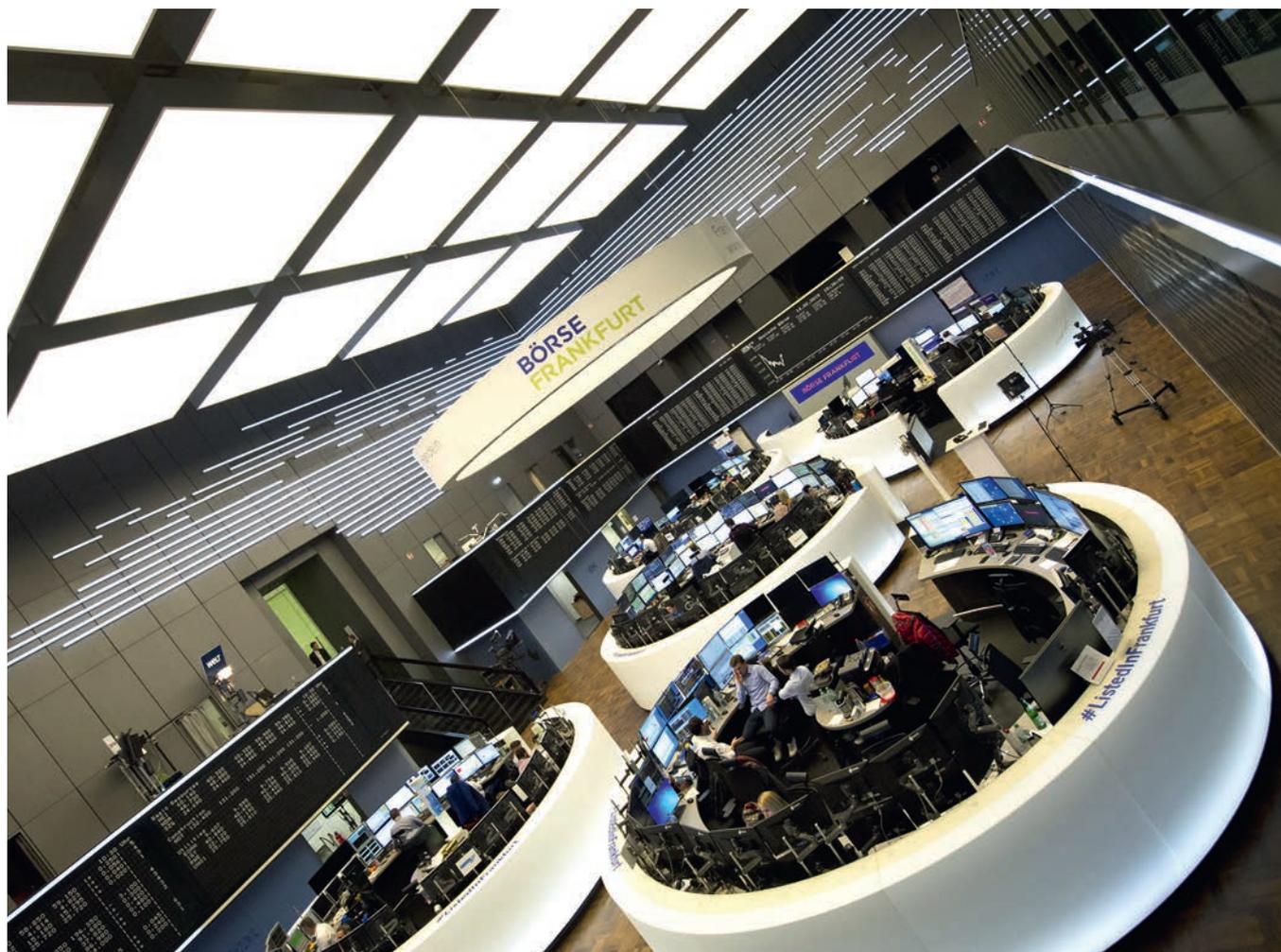
Drittens ist eine klare Ausrichtung der europäischen Außenpolitik auf Frieden und Abrüstung erforderlich. Angesichts der Kündigung des INF-Vertrages zum Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen durch US-Präsident Trump und Russlands Präsident Putin kann es nur die klare Botschaft geben: kein neues Wettrüsten in Europa und der Welt! Keine neuen Atomraketen in Deutschland und Europa! Deutschland und Europa müssen jetzt alles dafür tun, um einen Kollaps der internationalen Rüstungskontrollarchitektur zu verhindern.

Das sind einige der Zukunftsaufgaben, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa ganz oben auf die Tagesordnung setzen. Für uns ist klar,

es geht um viel: um nicht weniger als den Erhalt unserer Demokratie und die Selbstbehauptung Europas in einer unsicherer werdenden Welt. Ein schwaches „Spar-Europa“ wird weder ausreichen, um sich gegen Trump und Co. in der Welt zu behaupten, noch um die Rechten und Nationalisten in Europa in Schach zu halten. Dazu brauchen wir ein starkes und geeintes Europa – mehr denn je! ■

▼ **FINANZPLATZ FRANKFURT AM MAIN:**

Die SPD-Fraktion setzt sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer ein.





AUSSENPOLITIK

Keine neuen Atomwaffen in Europa!

Die multilaterale Weltordnung zeigt Risse – ja sogar ihr Ende rückt in den Bereich des Denkbaren. Statt eine neue globale Ordnung zu schaffen, in der Staaten gemeinsam die großen Probleme zu lösen versuchen, marschieren viele wichtige Mächte zurück in die Welt des 19. Jahrhunderts. Die Antwort muss lauten: mehr Zusammenarbeit.

VON ROLF MÜTZENICH, MDB

Die Münchner Sicherheitskonferenz hat einmal mehr gezeigt, dass internationale Werte und die uneingeschränkte Gültigkeit von Abkommen zunehmend in Frage gestellt werden – und das beileibe nicht nur von US-Präsident Donald Trump. Statt wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Verflechtung drohen Handelskriege und neue Aufrüstungsrunden. Die Kündigung des INF-Vertrages durch die Vereinigten Staaten und Russland am 2. Februar dieses Jahres kann hier als Menetekel gelten.

Mit der Kündigung des Iran-Abkommens, dem mög-

lichen Ende des INF-Vertrags und der womöglich ausbleibenden Verlängerung des New-START-Abkommens, das die Zahl der strategischen Waffen begrenzt und im Jahr 2021 ausläuft, droht ein völliger Zusammenbruch der internationalen Rüstungskontrollarchitektur mit unabsehbaren Folgen für die globale Sicherheit.

Sollte New START tatsächlich nicht verlängert werden, gäbe es zum ersten Mal seit 1972 keine rechtlich bindenden und überprüfbaren Begrenzungen der amerikanischen und russischen Nukleararsenale mehr. Es droht ein nukleares

Wettrüsten in Europa und Ostasien. Damit geriete auch der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) unter Druck, weil die dort vereinbarten Abrüstungsverpflichtungen der Atomkräfte sich endgültig als das erweisen würden, was viele Beobachter vermutet hatten: leere Versprechen. Die regelbasierte internationale Ordnung insgesamt steht auf dem Spiel.

NEUE REGELN FÜR ZUKÜNFTIGE WAFFENSYSTEME

Das Denken in nuklearen Abschreckungskategorien ist wieder da. Getrieben von gegenseitigen Vorwürfen suchen beide Seiten ihr Heil in der Aufrüstung. Gleichzeitig droht der komplette Verlust der klassischen nuklearen Rüstungskontrolle. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb nachdrücklich die Bemühungen von Außenminister Heiko Maas, bestehende Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen zu erhalten, zu erweitern und neue Regeln für zukünftige Waffensysteme zu schaffen. Gerade die europäischen Staaten hatten und haben vor dem Hintergrund ihrer Geschichte ein besonders herausgehobenes Interesse an einer regelbasierten Sicherheitsordnung und einem Rüstungskontroll- und Abrüstungssystem in und für Europa.

Daher müssen wir die fünf Monate bis zum endgültigen Aus des INF-Vertrages nutzen und einen neuen Anlauf nehmen, um im weltweiten Rahmen über ein Verbot von Mittelstreckenraketen zu verhandeln.

Der Außenminister hat zu einer Rüstungskontrollkonferenz nach Berlin eingeladen, und von April 2019 an wird Deutschland als vorsitzendes Land im UN-Sicherheitsrat dafür arbeiten, dass vertragsbasierte Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wieder in den Mittelpunkt internationaler Politik gerückt werden.

Wir brauchen zudem Regeln und Initiativen für die Waffensysteme der Zukunft und keine alten Antworten auf neue Bedrohungen durch eine Nachrüstungsdebatte.

ERRUNGENSCHAFTEN NICHT AUFS SPIEL SETZEN

Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir an den über Jahrzehnten geschaffenen Regeln und Normen der internationalen Politik festhalten, sie stärken und anpassen. Wir brauchen eine internationale Ordnung, die auf gemeinsame Interessen, auf Einvernehmen, auf Kooperation, Mitgestaltung und friedlichen Wandel gründet. Diese Errungenschaften dürfen, trotz aller Rückschläge, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Die Sozialdemokratie steht für Frieden, internationale Kooperation und für die Stärkung und den Ausbau der bewährten internationalen Organisationen (UN, OSZE, EU und NATO). Denn die globalen Zukunftsaufgaben sind nicht durch nationale Alleingänge, sondern nur gemeinsam zu bewältigen. ■

DR. ROLF MÜTZENICH



Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Außenpolitik, Verteidigung, Menschenrechte und Wirtschaftliche Zusammenarbeit



◀ HEIKO MAAS MIT SEINEM RUSSISCHEN AMTSKOLLEGEN SERGEY LAVROV:

Die SPD-Fraktion unterstützt die Bemühungen des deutschen Außenministers, Abrüstungsabkommen zu erhalten.

DEMOKRATIE

Gemeinsam!

Die Europäische Union ist Hüterin von Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz. Neuerdings versuchen einige Länder, rechtsstaatliche Prinzipien infrage zu stellen. Aber die EU ist wehrhaft.

VON KATARINA BARLEY, MDB

DR. KATARINA BARLEY



Bundesministerin der
Justiz und für Verbraucher-
schutz

Die Europäische Union hat etwas erreicht, das vor 70 Jahren niemand für möglich gehalten hätte: Mit demokratischen Mitteln wurde die längste Friedensperiode unseres Kontinents eingeläutet, die bis heute anhält.

Verbunden werden die Mitgliedstaaten durch gemeinsame Werte und das Wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können, als jeder Staat alleine für sich. Nach Jahrhunderten voll von Krieg und Hass ist die Europäische Union zum größten Friedensprojekt der westlichen Welt geworden.

Alle Mitgliedstaaten haben sich dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Das bedeutet, dass die Mitglied-

staaten das Recht der EU und ihr eigenes Recht achten und durchsetzen. Die EU beruht auf dem Verständnis, dass alle Mitgliedstaaten Grundsätze, wie demokratische Mitbestimmung, effektive und faire Verwaltungs- und Gerichtsverfahren, Grundrechts- und Minderheitenschutz oder die Gewaltenteilung achten.

Dieses Prinzip wird von einigen Staaten neuerdings infrage gestellt. Die Justizreform in Polen beispielsweise untergräbt die Unabhängigkeit der Justiz. Die polnische Regierung wollte die wichtigsten Richterinnen und Richter des Landes in den Ruhestand schicken.

Die EU-Kommission leitete daraufhin ein Vertragsverletzungsverfahren



► EUROPÄISCHER GERICHTSHOF IN LUXEMBURG:

Alle Mitgliedstaaten haben sich dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet.



und ein sogenanntes Artikel-7-Verfahren ein. Es wurden auch große diplomatische Anstrengungen unternommen, um Polen klarzumachen, dass dieser Weg nicht mit unseren Werten vereinbar ist. Nach ersten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs wurde der Richteraustausch schließlich rückgängig gemacht.

IMMER WIEDER FÜR DIE WERTE EINSETZEN

Das Beispiel zeigt, dass die EU wehrhaft ist. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind die Basis für ein gutes, selbstbestimmtes Leben und wirtschaftlichen Erfolg. Sie sind aber nicht selbstverständlich. Wir müssen uns immer wieder dafür einsetzen, dass diese Werte erhalten bleiben.

Ein einheitlicher europäischer Rechtsraum ist aber auch etwas, was jede und jeden von uns im Alltag betrifft. Mit einem Fingerwisch kann man heute einen Kaufvertrag mit Händlerinnen und Händlern in der ganzen EU abschließen.

Die EU stärkt den Verbraucherinnen

und Verbrauchern dabei den Rücken. Bei Online-Einkäufen gilt bei uns eine einheitliche Widerrufsfrist von 14 Tagen. Wenn einem das Produkt nicht gefällt, kann man es zurückgeben.

Stellt sich erst später heraus, dass die Ware mangelhaft ist, hat man Dank der gesetzlichen Gewährleistung zwei Jahre lang die Möglichkeit, den Austausch oder die Reparatur der mangelhaften Ware zu fordern – und das europaweit.

HÜTERIN DES FRIEDENS

Das sind nur einige Beispiele der vielen Verbraucherrechte, die wir der EU verdanken. Sie sind allerdings nichts wert, wenn sie in den betreffenden Ländern nicht eingeklagt werden können.

Die Europäische Union ist die Hüterin des Friedens und unserer Grundwerte sowie eine Garantin der Verbraucherrechte. Wir haben Glück, im Hier und Jetzt zu leben und davon profitieren zu können. Wir müssen gemeinsam dafür arbeiten, Europa für nach uns folgende Generationen zu verbessern und zu bewahren. ■

INTERVIEW

» Europa muss politischer werden «

Gespräch mit Vizekanzler Olaf Scholz (SPD)



Der Bundesfinanzminister erläutert das sozialdemokratische Konzept eines sozialen Europas und begründet, weshalb eine Reform des Sozialstaates notwendig ist.

Vor welchen Herausforderungen steht Europa in diesen Zeiten?

Die größte Herausforderung für Europa ist aus meiner Sicht das Desinteresse und die Skepsis, mit denen nicht wenige auf Europa blicken. Die Europäische Union ist ein historischer Glücksfall, nicht nur, weil er dem Kontinent eine lange Phase des Friedens beschert hat. Sondern weil es das perfekte Instrument ist, mit dem wir, die – noch – 28 Mitgliedsländer dafür sorgen können, dass wir nicht herumgeschubst werden können in der Welt. Denn in dieser Welt wird es gerade etwas ungemütlicher. Gemeinsam, als EU, halten wir diesem Druck besser stand als allein. Und die Stimme Europas wird in einer Welt von bald zehn Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern besser zu hören sein, wenn wir im Chor singen. Dafür genügt es

aber nicht, alle paar Jahre mal die europäischen Werte zu beschwören. Europa muss politischer werden. Und eine offene und konstruktive Debatte darüber führen, in welchen Politikbereichen wir gemeinsam mehr erreichen können als national. Als Sozialdemokraten kämpfen wir für ein soziales Europa, das zusammenhält.

Große multinationale Konzerne wie Amazon oder Facebook machen Milliardenumsätze, zahlen aber kaum Steuern. Was kann die Politik hier tun, um mehr Gerechtigkeit herzustellen?

Auch global agierende Unternehmen müssen ihren fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten. Es ist nicht akzeptabel, wenn diese Konzerne ihre Gewinne einfach dorthin verlagern, wo sie keine oder

kaum Steuern zahlen müssen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass wir international ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren. Im Kreise der OECD und der G20 laufen die Arbeiten dazu auf Hochtouren, Deutschland steht einer wichtigen Arbeitsgruppe vor. Und ich bin zuversichtlich, dass wir bis Sommer nächsten Jahres eine gute Lösung finden werden, der sich die meisten Länder anschließen werden. Gemeinsam mit Frankreich haben wir in den vergangenen Monaten zudem versucht, EU-weit eine Zwischenlösung durchzusetzen, bei der die Erlöse auf Werbeeinnahmen digitaler Unternehmen besteuert werden sollten. Leider fand diese Idee bei unserem Treffen jetzt im März nicht die nötige einstimmige Unterstützung im EU-Finanzministerrat, weil vier Länder dagegen stimmten. Doch wir geben unsere Bemühungen nicht auf, eine solche Regelung auf Ebene der Europäischen Union durchzusetzen, sollten die G20-Bemühungen nicht fruchten.

Was können wir tun, um Europa krisenfester zu machen?

Wir brauchen eine starke Europäische Union, dazu gehört ein stabiler Euro. In jüngster Zeit haben wir bei der Reform der Eurozone wichtige Fortschritte erreicht. Etwa, indem wir Risiken aus dem Finanzsektor weiter verringern. Nun gelten klare Regeln, damit nicht mehr die Steuerzahler die Zeche zahlen, wenn eine Bank in Schiefelage gerät. Damit die Eurozone krisenfester wird, brauchen wir eine funktionierende Wirtschaft. Mehr Investitionen sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Deshalb habe ich gemeinsam mit Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire einen Vorschlag für ein Eurozonenbudget vorgelegt. Es besteht jetzt Konsens in der Eurogruppe, dass wir ein solches Eurozonenbudget etablieren. Und wir brauchen Solidarität. Auch das stabilisiert unsere Volkswirtschaft. Deshalb habe ich einen Stabilisierungsfonds für die Arbeitslosenversicherungen vorgeschlagen. Es geht dabei nicht um Transfers, sondern um zeitlich befristete Kredite, mit denen nationale Arbeitslosen-Versicherungssysteme in einer Krise unterstützt werden.

Was ist bei der Modernisierung des Sozialstaates besonders wichtig?

Wir müssen auf den Zusammenhalt in unserem Land achten. Denn in vielen westlichen Industrieländern können wir beobachten, dass trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung die Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger schwindet. Viele haben Sorge, dass es ihnen und ihren Kindern mal nicht mehr so gut gehen wird. Die Globalisierung und der rasante Wandel, der mit der Digitalisierung einhergeht, verstärken dieses Gefühl. Unsere Antwort darauf ist ein Sozialstaat, der für die Herausforderungen des 21. Jahr-

hunderts gewappnet ist. Unsere Arbeitswelt verändert sich gerade in rasantem Tempo. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit in diesem Wandel zu geben, sehe ich als eine zentrale Aufgabe. Es muss das Grundvertrauen zurückkehren, dass sich jeder nach einem langen Berufsleben darauf verlassen kann, dass er im Alter eine auskömmliche Rente bekommt. Deswegen bin ich auch für einen 12-Euro-Mindestlohn, ein Recht auf Weiterbildung und für eine Grundrente. Mich ärgert es, wenn in diesem Zusammenhang von Almosen gesprochen wird. Darum geht es nicht, sondern um Anerkennung und Respekt für jahrzehntelange Arbeit. Das gilt auch bei der Grundrente. Deshalb ist es richtig, auf die Bedürftigkeitsprüfung zu verzichten, damit drei bis vier Millionen Männer und Frauen in unserem Land davon profitieren können.

Wie will der Staat künftig besser gegen illegale Beschäftigung vorgehen?

Tatsächlich ist illegale Beschäftigung ein Problem, bei dem die Betroffenen ebenso geschädigt werden wie der Staat. Als Bundesfinanzminister habe ich gerade ein Gesetz vorgeschlagen, das dem Zoll, genauer der Einheit „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, mehr Befugnisse und mehr Personal zuweisen soll, um schlagkräftiger gegen Organisierte Kriminalität auf dem Arbeitsmarkt vorzugehen. Kontrollen auf sogenannten „Arbeiterstrichs“ werden einfacher möglich, und der Zoll kann früher einschreiten, um beispielsweise das Geschäft mit Scheinrechnungen zu unterbinden. Dafür will ich das Personal der Finanzkontrolle Schwarzarbeit erheblich aufstocken, von heute rund 7900 auf mehr als 13.500 Stellen. So sorgen wir für mehr Fairness und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Was bedeuten die aktuellen Konjunkturprognosen für den Finanzminister?

Tatsache ist: Unsere Wirtschaft ist stark, und wir haben weiterhin Rekordbeschäftigung in Deutschland. Allerdings müssen wir davon ausgehen, dass sich unser Konjunkturwachstum normalisiert. Für die Steuereinnahmen bedeutet das, dass Bund, Länder und Kommunen insgesamt zwar weiter über hohe finanzielle Mittel verfügen. Aber wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die Mehreinnahmen am Ende des Jahres nicht immer noch höher ausfallen als zu Jahresbeginn prognostiziert. Mit dieser Situation kann man gut umgehen, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen. Genau das ist die Aufgabe verantwortungsvoller Politik. ■

SOZIALES

Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit

Die SPD-Fraktion macht die Zukunft der Arbeitswelt und des Sozialstaates zu einem politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Im Mittelpunkt steht das Leitbild eines Sozialstaates als Partner der Bürgerinnen und Bürger.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt in rasantem Tempo. Neue Berufe entstehen, neue Qualifikationen werden erforderlich. In diesem Wandel liegen große Chancen für Wohlstand und gute Arbeitsplätze. Wie dieser Wandel sozial gerecht gestaltet werden kann, hat die SPD-Fraktion in einer Resolution beschlossen.

Viele Menschen treibt angesichts der Veränderungen die Sorge um, den Arbeitsplatz zu verlieren, den Anschluss zu verpassen oder nur noch schlecht bezahlte, unsichere Jobs zu finden. Für die SPD-Fraktion ist klar: Wer die Chancen der Digitalisierung für die Beschäftigten nutzen will, muss ihnen neue Sicherheiten geben. Dazu gehört ein Sozialstaat, der für Schutz und Chancen im Wandel sorgt, Lebensleistung stärker anerkennt und Arbeit grundlegend neu absichert.

RECHT AUF ARBEIT

Die Sozialdemokratie steht für ein Recht auf Arbeit. Das bedeutet, dass der Sozialstaat den Bürgerinnen und Bürgern durch konkrete Ansprüche Arbeit und Teilhabe ermöglicht. Ziel: Arbeitslosigkeit verhindern, bevor sie entsteht.

Einen wichtigen Schritt hat die Koalition mit dem Qualifizierungschancengesetz von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bereits gemacht: Seit dem 1. Januar 2019 haben Beschäftigte ein Recht auf Weiterbildungsberatung und umfassenden Zugang zur Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit, wenn sie vom digitalen Wandel betroffen sind oder sich in einem Beruf weiterbilden wollen, in dem Fachkräftemangel herrscht. Das Ziel der SPD-Fraktion ist eine solidarische Arbeitsversicherung mit einem Recht auf Weiterbildung.

Die Sozialdemokraten schlagen vor, ein Arbeitslosengeld-Q für gezielte Weiterbildung einzuführen, durch das sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld I entsprechend verlängert.

Für Menschen, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, soll es sinnvolle öffentlich finanzierte Tätigkeiten im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes geben. Auch hier ist mit der Einführung öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose zum 1. Januar 2019 bereits ein wichtiger erster Schritt erreicht. Das Prinzip: Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

WERT DER ARBEIT STÄRKEN

Arbeit hat ihren Wert – und der muss sich in ordentlichen Löhnen ausdrücken. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein großer Fortschritt, um die schlimmsten Auswüchse von Lohndumping zu verhindern. Aber er muss weiter steigen. Die Sozialdemokratinnen und



Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, ihn perspektivisch auf 12 Euro anzuheben. Für Auszubildende haben sie im Koalitionsvertrag eine Mindestausbildungsvergütung durchgesetzt.

Aber der Mindestlohn wird immer nur die unterste Haltelinie bleiben. Entscheidend ist, dass wieder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ordentlichen Tariflöhnen arbeiten. Deshalb will die SPD-Fraktion die Tarifbindung und Mitbestimmung stärken.

Mit den großen Online-Plattformen, die Dienstleistungen aller Art über das Internet vermitteln, sind zudem neue Erwerbsformen entstanden, die sehr häufig nicht ausreichend abgesichert sind.

Oft arbeiten Menschen weisungsgebunden für eine Plattform und sind eigentlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gelten formal aber als Solo-Selbständige – mit allen damit verbundenen Unsicherheiten und fehlenden Arbeitnehmerrechten. Die SPD-Abgeordneten wollen für die Beschäftigten in der Plattformwirtschaft Arbeitnehmerrechte, Mindesthonorare und sozialen Schutz organisieren. Dazu haben sie bereits den Mindestbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbständige halbiert. Als Nächstes sollen Selbständige in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden.

ARBEIT, DIE ZUM LEBEN PASST

Damit sich Arbeit besser dem Leben anpassen kann, gibt es seit dem 1. Januar 2019 die Brückenteilzeit: Beschäftigte haben damit unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, ihre Arbeitszeit für eine begrenzte Zeit zu reduzieren – verbunden mit der Sicherheit, anschließend in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. Damit wird es für Beschäftigte leichter, in bestimmten Lebensphasen beruflich kürzer zu treten, etwa für Erziehung oder Pflege.

Und: Damit Beschäftigte von den Vorteilen des digitalen Arbeitens profitieren können, schlagen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice vor. Um die Arbeitnehmer vor Nachteilen zu schützen, wollen sie ein Recht auf Nichterreichbarkeit einführen. Auf einem persönlichen Zeitkonto soll Zeitguthaben angespart werden können.

MEHR SOZIALE SICHERHEIT

Menschen, die lange gearbeitet haben, müssen besser vor sozialem Abstieg geschützt sein. Das ist auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit: Wer viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll auch einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Und wer ein Leben lang Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat,



▲ ARBEIT HAT IHREN WERT.

Und der muss sich in ordentlichen Löhnen ausdrücken.

muss im Alter mehr haben als Grundsicherung. Deshalb will die SPD-Fraktion eine Grundrente für alle einführen, die lange gearbeitet, aber nur geringe Löhne bekommen haben. Das ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung dieser Menschen.

Die bestehende Grundsicherung (Hartz IV) wollen die Sozialdemokraten durch ein neues Bürgergeld ersetzen, verbunden mit einem Anspruch auf Absicherung und Teilhabe. Dazu gehört, dass der Übergang vom Arbeitslosengeld I in das Bürgergeld für zwei Jahre so erfolgt, dass die Betroffenen ihr Ersparnis nicht offenlegen müssen. „Recht auf Arbeit“ bedeutet zudem, dass sie möglichst schnell ein passendes Angebot auf Weiterbildung erhalten. Unwürdige Sanktionen will die SPD-Fraktion abschaffen.

KINDER ABSICHERN

Armut ist bedrückend. Für Kinder ganz besonders. Sie haben in der Sozialhilfe nichts verloren. In einem reichen Land wie Deutschland soll kein Kind in Armut aufwachsen. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion für eine eigenständige Kindergrundsicherung ein.

Eine wichtige Grundlage dafür wird mit dem Starke-Familien-Gesetz geschaffen. Es unterstützt gezielt Familien, die wenig Geld haben (siehe hierzu Seite 22). ■

Die Resolution der SPD-Fraktion zum „Neuen Sozialstaat“ kann hier nachgelesen werden: www.spdfraktion.de/sozialstaat

**◀ VERDIENT:**

Von der Grundrente profitieren zu 75 Prozent Frauen.

SOZIALES

So soll die Grundrente funktionieren

Ein großer Teil der Menschen hat jahrzehntelang gearbeitet. Sie haben Kinder großgezogen, Angehörige gepflegt, einen Beitrag zum Gemeinwohl geleistet. Nicht selten das Ergebnis: eine so kleine Rente, dass sich das Leben kaum bezahlen lässt. Was folgt, ist der Weg zum Amt und die Grundsicherung. Das will die SPD-Bundestagsfraktion nicht länger hinnehmen.

Das Vertrauen in die gesetzliche Rente ist wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist aber auch Aufgabe der Solidargemeinschaft sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Alter ein Auskommen haben, das ihre Leistung respektiert und anerkennt.

Mit der geplanten Grundrente will die SPD-Bundestagsfraktion dafür sorgen, dass die Menschen sich auf das Kernversprechen des Sozialstaates verlassen können: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein. Und zwar besser als derjenige, der nur kurzzeitig oder gar keine Beiträge geleistet hat – das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

KONZEPT DES MINISTERS

Die Grundrente soll den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umsetzen: Nach Jahrzehnten der Arbeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen soll jeder am Ende mehr haben als Grundsicherung.

Das Konzept von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) zur Grundrente sieht folgendermaßen aus:

Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit. Grundlage der Berechnung sind die in den Grundrentenzeiten erworbenen Entgeltpunkte,

die aufgrund der eigenen Beiträge während des gesamten Versicherungslebens aus den Grundrentenzeiten erworben wurden.

Die Höhe der Grundrente ergibt sich aus den im Einzelfall erworbenen Entgeltpunkten und einem Zuschlag. Konkret wird ab 35 Jahren „Grundrentenzeiten“ und einem Durchschnittswert von 0,2 Entgeltpunkten (EP) der Durchschnittswert auf das 2-Fache angehoben, maximal aber auf 0,8 EP pro Jahr. Für Menschen, die zum Beispiel 35 Jahre für ein Einkommen in Höhe des Mindestlohns bei Vollzeit gearbeitet haben, führt das zu einer monatlichen Bruttorente oberhalb der durchschnittlichen Grundsicherung. Mit höherem Einkommen wird der Zuschlag allmählich abgeschmolzen.

Ganz konkret: Eine Friseurin, die 40 Jahre auf dem Niveau des Mindestlohns voll gearbeitet hat, kommt derzeit auf eine monatliche Rente von 512,48 Euro. Mit der Grundrente käme sie künftig auf eine Monatsrente von 960,90 Euro.

ANERKENNUNG VON LEISTUNG

Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt. Das ist klarer Standpunkt der SPD-Bundestagsfraktion. Eine solche Prüfung ist dem System der Rente fremd. Es geht bei der Grundrente nicht um Bedürftigkeit, sondern um Anerkennung von Lebensleistung. Davon werden 3 bis 4 Millionen Menschen profitieren können, ein großer Anteil davon sind Frauen. Die Sozialdemokraten erkennen die Lebensleistung von heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentnern an. Deswegen sollen die Regelungen auch für alle gelten – das ist eine Frage des Respekts.

Zur Wahrheit gehört: Nicht in allen Fällen wird die Höherwertung raus aus der Grundsicherung führen. Darum soll die Grundrente mit Verbesserungen beim Wohngeld und der Einführung eines Freibetrags in der Grundsicherung flankiert werden.

Rentnerinnen und Rentnern, die mindestens 35 Jahre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben, soll künftig ein pauschaler Freibetrag beim Wohngeld gewährt werden. In der Höhe soll sich der Freibetrag an dem bereits für schwerbehinderte Menschen existierenden Freibetrag von 125 Euro orientieren.

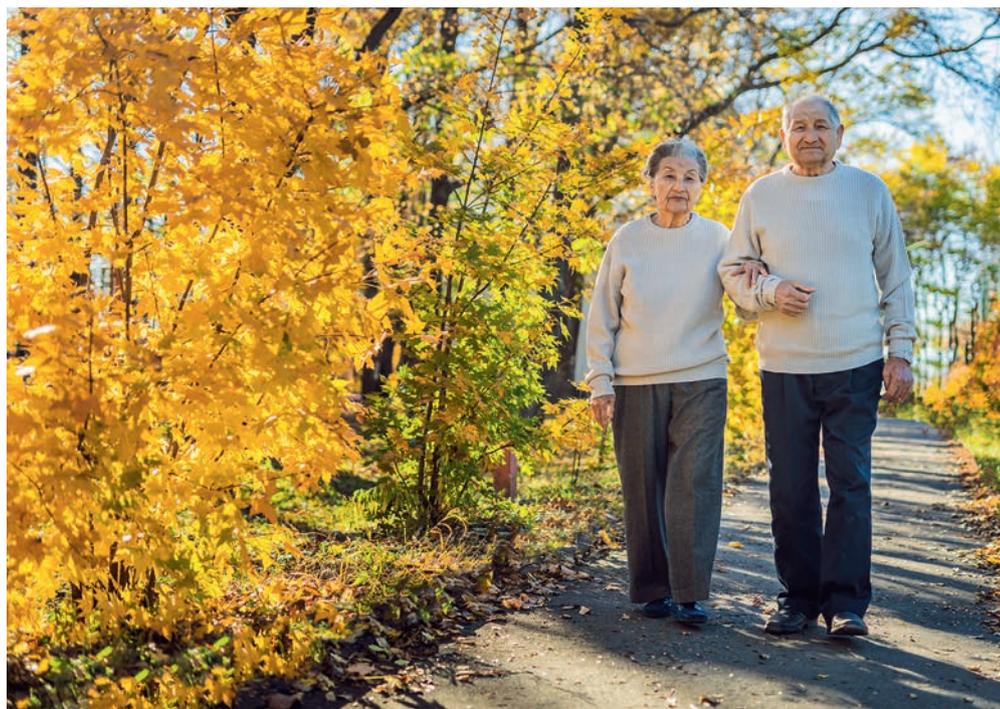
ALTERSEINKOMMEN OBERHALB DER GRUNDSICHERUNG

Wer 35 Jahre lang in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, soll außerdem einen Freibetrag in der Grundsicherung erhalten. Damit soll in allen Fällen für langjährig Versicherte sichergestellt werden, dass das Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung liegt. Schließlich muss es einen Unterschied machen, ob man sein Leben lang gearbeitet hat oder nicht – auch im Geldbeutel.

Der Freibetrag soll 25 Prozent der individuellen Rente umfassen, maximal aber aktuell 106 Euro (25 Prozent der Regelbedarfsstufe 1).

Über die harte Abbruchkante bei den 35 Beitragsjahren lässt sich diskutieren; im Koalitionsvertrag ist es zunächst so vereinbart worden.

Das Bundessozialministerium wird bis spätestens Mai einen Gesetzentwurf vorlegen. ■



◀ RESPEKT VOR LEBENSLEISTUNG:

Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung.

FAMILIEN

Koalition stärkt Familien

„Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Familien zu stärken und zu entlasten, ist deshalb ein wichtiges Ziel“ – so steht es im Koalitionsvertrag. Das neue Starke-Familien-Gesetz hilft insbesondere Familien und Alleinerziehenden, die wenig Geld haben.

Kinderarmut zu bekämpfen, ist eines der wichtigsten politischen Vorhaben der SPD-Fraktion. Mit diesem Gesetz, das die SPD-Fraktion vorangetrieben hat, geht die Koalition dabei jetzt einen entscheidenden Schritt voran.

Der so genannte Kinderzuschlag wird von derzeit 170 Euro auf 185 Euro monatlich angehoben, so dass er zusammen mit dem Kindergeld das Existenzminimum abdeckt. Der Kinderzuschlag soll auch nicht mehr schlagartig wegfallen, wenn bestimmte Einkommensgrenzen überschritten werden. Mehr Familien sollen die Chance erhalten, durch eigenes Erwerbseinkommen unabhängig von den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu werden.

Der Kinderzuschlag ist eine finanzielle Unterstützung des Staates für erwerbstätige Eltern, deren Einkommen nicht ausreicht, um auch den Unterhalt ihrer Kinder ausreichend zu sichern. Der Kinderzuschlag funktioniert dann wie ein Zuschlag zum Kindergeld.

Mehr Familien werden profitieren

Der Bewilligungszeitraum für den Kinderzuschlag wird auf sechs Monate vereinheitlicht. Ebenso wird der Bemessungszeitraum auf sechs Monate vor dem Antragszeitpunkt festgesetzt. Es wird auch unbürokratischer, die Nachweise für die Prüfung dazu zu erbringen.

In Zukunft bleibt mehr eigenes Einkommen von Kindern und ihren Eltern unberücksichtigt. Kindeseinkommen soll den Kinderzuschlag nur noch zu 45 Prozent statt wie bisher zu 100 Prozent mindern.

Zusätzliches Einkommen von Eltern mindert den Kinderzuschlag ebenfalls nur noch um 45 Prozent statt wie derzeit um 50 Prozent.

Und um zu vermeiden, dass der Kinderzuschlag schlagartig entfällt, wenn Eltern etwas mehr verdienen, als sie für ihren eigenen Bedarf benötigen, wird die so genannte harte Abbruchkante abgeschafft. Stattdessen verringert sich der Kinderzuschlag nach und nach maßvoll, bis er schließlich ganz ausgelaufen ist.

Außerdem soll es mit dem Gesetz einen erweiterten Zugang zum Kinderzuschlag für Familien geben, die in so genannter verdeckter Armut leben, d. h. wenn sie bisher kein Arbeitslosengeld II beziehen und ihnen mit ihrem Erwerbseinkommen, dem Kinderzuschlag und gegebenenfalls dem Wohngeld höchstens 100 Euro fehlen, um Hartz IV zu vermeiden.

Der Kinderzuschlag wird in zwei Stufen zum 1. Juli 2019 und zum 1. Januar 2020 neu gestaltet.

Mehr Möglichkeiten zur Teilhabe

Bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe geht es darum, die Chancen für Kinder in der Kita und der Schule zu verbessern, so dass jedes Kind es „packt“. Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) richtet sich an Familien, die Leistungen der Grundsicherung erhalten, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. Diese Leistungen ermöglichen Kindern und Jugendlichen, an Bildungs- und Förderangeboten in der Schule oder in ihrer Freizeit teilzunehmen.

Hier sind nun mit dem neuen Gesetz folgende Verbesserungen vorgesehen:

- Der Betrag für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf wird von 100 auf 150 Euro erhöht.
- Die Eigenanteile bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung und Schülerbeförderung fallen weg.
- Es kommt eine Regelung, dass Kinder auch dann kostenlos Nachhilfe erhalten können, wenn sie nicht akut versetzungsgefährdet sind. Diese bisher bestehende Voraussetzung entfällt – was dazu führt, dass mehr Kinder durch Lernförderung unterstützt werden können.
- Gesonderte Anträge als Leistungsvoraussetzung für Schulausflüge, Schülerbeförderung, gemeinschaftliche Mittagsverpflegung und Teilhabeleistungen fallen weg.

Im Klartext bedeutet das: Die Fahrt mit dem Schulbus wird für Familien mit wenig Geld ebenso kostenfrei wie das Schulessen. Die Voraussetzungen für Nachhilfe werden vereinfacht.

Die neuen Regeln treten am 1. August 2019 in Kraft. ■

DIALOG

Briefe an die Fraktion

KARL LAUTERBACH, MDB



KERSTIN TACK, MDB



Ich möchte mich einfach mal bei allen für Ihr Engagement bedanken. Es sind ja schon kleine Dinge in Arbeit, und ich hoffe auch, dass es bei der Direktversicherung weiter voran geht. – Erika Krömer

Sehr geehrte Frau Krömer, wir wollen die Betriebsrenten durch eine Halbierung der Beiträge zur Krankenversicherung und einen echten Freibetrag stärken. Wer eine Betriebsrente bekommt, soll nur noch den halben Krankenversicherungsbeitrag zahlen. Bezüher kleiner Betriebsrenten werden durch den echten Freibetrag besonders entlastet, denn alle Betriebsrenten sollen bis zu einer Höhe von 152 Euro pro Monat gar nicht verbeitragt werden. Die Betroffenen werden insgesamt um 3 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Anders als Minister Spahn es vorschlägt, müssen dafür keine Steuermittel aufgewendet werden. Die gesetzlichen Krankenkassen haben aktuell Rücklagen im zweistelligen Milliarden-Bereich, die hierfür genutzt werden können.

Das alles macht Betriebsrenten deutlich attraktiver und stärkt die Altersvorsorge von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmern.

Der volle Beitrag auf Betriebsrenten wurde damals eingeführt, als die Krankenkassen aufgrund der Wirtschaftskrise in einer finanziellen Notsituation waren. Das ist heute anders. ■

Ich bin durchaus dabei, Menschen die lange gearbeitet und wenig verdient haben, zu einer Grundrente zu verhelfen. Wichtig ist aber schon zu prüfen, ob sie Minijobs erledigt haben, weil sie nichts anderes bekommen konnten oder ob sie Minijobs ausgeübt haben, weil es individuell für sie günstiger und ausreichend war bzw. ihnen mehr Arbeit zu viel war. – Karin Lobe-Friedrich

Sehr geehrte Frau Lobe-Friedrich, ein Kernversprechen des Sozialstaats ist, dass jeder nach einem Leben voller Arbeit eine leistungsgerechte Rente bekommt. Bei der Grundrente geht es deshalb nicht um Almosen, sondern um Anerkennung und Respekt für die erbrachte Leistung eines langen Arbeitslebens – so steht es im Koalitionsvertrag. Der Vorschlag von Hubertus Heil beinhaltet aus diesem Grund zu Recht keine Bedürftigkeitsprüfung. Diese ist im System der Rentenversicherung auch nicht vorgesehen. Falls die Grundrente mit anderen Einkünften zusammentrifft, wird sie dann gerechterweise auch dem Gesamteinkommen entsprechend besteuert.

Es gibt viele Gründe, warum Personen nicht Vollzeit gearbeitet haben. Unabhängig davon, ob es nicht möglich oder nicht gewollt war, wird über die vorgesehenen Mindestanforderungen, was Zeiten und die Höhe des Verdienstes angeht, aber sichergestellt, dass sich langjährige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung immer auszahlt. Und Personen, die nur in Minijobs gearbeitet haben, können die Mindestanforderungen nicht erreichen. Das ist, wie Sie richtigerweise anmerken, eine Frage der Gerechtigkeit. ■

Hinweis: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

-  [spdfraktion.de/facebook](https://www.facebook.com/spdfraktion.de)
-  [spdfraktion.de/twitter](https://twitter.com/spdfraktion.de)
-  [spdfraktion.de/youtube](https://www.youtube.com/spdfraktion.de)
-  [spdfraktion.de/flickr](https://www.flickr.com/photos/spdfraktion.de/)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-Bundestagsfraktion

VERANTWORTLICH Carsten Schneider MdB,
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

REDAKTION Dr. Alexander Linden

TEXTE Dr. Katarina Barley, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden,
Dr. Rolf Mützenich, Achim Post

ABBILDUNGEN (c) uzhursky/Shutterstock.com (S. 1), Susie Knoll (S. 3, 10, 13, 14, 23),
picture alliance/Monika Skolimowska/dpa (S. 4, 6, 7), colourbox.de (S. 4), Arthimedes/
Shutterstock.com (S. 5, 14), picture alliance/dpa (S. 5), RossHelen/Shutterstock.com
(S. 5, 18), picture alliance/Bildagentur-online/Masci (S. 8), picture alliance/augenblick/
firo Sportphoto (S. 9), picture alliance/SvenSimon (S. 11), picture alliance/dpa (S. 12),
picture alliance/AA (S. 13), picture alliance/imageBROKER (S. 15), www.olafscholz.de
(S. 16), SeventyFour/Shutterstock.com (S. 19), wavebreakmedia/Shutterstock.com (S. 20),
Elizaveta Galitckaia/Shutterstock.com (S. 21)

REDAKTIONSANSCHRIFT SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-530 48 Telefax: 030/227-568 00
E-Mail: redaktion@spdfraktion.de
Internet: www.spdfraktion.de

DESIGN MUTABOR Design GmbH, Hamburg

SATZ Dominique Mayer, Berlin

DRUCK Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich
der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahl-
werbung verwendet werden.